

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshafien des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrschorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Richterberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 151

Sonnabend, den 30. Juni 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Straßensperrung

Die Staatsstraße Dresden-Ramenz wird wegen Vornahme von Massenschüttungs- und Dampfwalzarbeiten (am Eierberge) in Flur Lichtenberg vorübergehend gesperrt. Der Fahrverkehr wird vom 2. bis 5. Juli auf Gemeindefahrstraßen über Leppersdorf-Lichtenberg-Pulsnitz, vom 6. bis 17. Juli (bei km 19,2 am Eierberge abzweigend) auf die von Großröhrschorf nach Lichtenberg führende Gemeindefahrstraße über Lichtenberg-Pulsnitz umgeleitet.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 29. Juni 1928

Schornsteinfeger-Rehrlöhne

Mit Wirkung vom 1. Juli 1928 werden die bisher geltenden Schornsteinfeger-Rehrlöhne und Gebühren um 10 Prozent erhöht.

Pulsnitz, am 30. Juni 1928.

Rat der Stadt.

Das Wichtigste

Der Reichshofrat hat in seiner Sitzung am Freitag dem Antrag des obersten Reichshofrats auf Erhöhung der obersten Reichshofpreise zugestimmt. Der Preis wird danach um eine Reichsmark je Tonne im Durchschnitt aller Sorten ab 1. 7. erhöht.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des allrussischen Zentralvolkskongresses beschlossen, die Wolgadeutsche Republik dem Niedermoskwa-Gebiet anzuschließen.

Die beiden amerikanischen Rekord-Weltreisenden, die am Freitag früh um 5 Uhr im Flugzeug gestartet waren, haben nach einem Funkspruch des Ozeandampfers „Olympic“ das Schiff erreicht und sind Bord gegangen.

Erste Sitzung des neuen Reichskabinetts

Die Köpfe der neuen Reichsregierung



Herrn Müller.

Wissell.

Severing.

Silberding.

v. Guérard.

Schögl.



Stresemann.



Curtius.



Koch-Weser.



Dietrich-Baden.



Groener.

Die Notlösung.

Von Dr. R. Michaelis.

Sieben Wochen hat es gedauert, ehe das Kabinett Müller zustande kam, das nunmehr von dem Reichspräsidenten bestätigt worden ist. Vier Sozialdemokraten gehören dem Kabinett an, zwei Volksparteiler, zwei Demokraten, ein Abgeordneter des Zentrums, ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei und ein Parteilofer. Schon diese Zusammensetzung, mag sie auch dem Wahlergebnis am nächsten kommen, zeigt doch auf den ersten Blick, daß das neue Kabinett nicht von langer Dauer sein kann. Das Zentrum mit nur einem Abgeordneten in der Regierung hat mit diesem Entschluß deutlich zu erkennen gegeben, daß eine Umbildung des Kabinetts notwendig ist, denn nur ein Zentrumsmember ist angedacht der Stärke der Zentrumsfraktion im Reichstag ein Umding. Die Volkspartei hat zwar ihren Ministern Stresemann und Curtius den Weg in die Regierung freigegeben, hat sich aber ihre Stellungnahme im einzelnen vorbehalten. Diese beide Tatsachen allein genügen, um dem Kabinett den Stempel der Vorläufigkeit aufzudrücken. Man hat dieser Regierung Hermann Müller bereits den Namen Ferien-Kabinett gegeben und hat damit sicherlich das Richtige getroffen. Es war höchste Zeit, daß wir über den Zustand der Regierungslöslichkeit hinwegkommen und eine Lösung der langen Krise fanden. Lieber ein provisorisches Kabinett als gar keins!

Am Dienstag soll die neue Regierung mit ihrem Programm vor den Reichstag treten. Programm sagen wir und meinen doch nur eine Erklärung, die eigentlich gar kein Programm enthalten kann. Das Kabinett ist zustande gekommen, ohne daß man sich über irgendwelche Programmpunkte hätte einig werden können, ohne daß man einen Arbeitsplan hätte aufstellen können, der, wenn auch nur über Wochen, hinweghelfe. Was die Regierung auch anpanden wird, ob es die Amnestiefrage gleich in der ersten Reichstagsitzung oder die Frage des Panzerkreuzers, und was sonst noch in der Schwere hängt, ist, jedesmal wird der Bestand des Kabinetts von der Einstellung des Reichstags zu jeder Einzelfrage abhängig sein. Der Reichstag wird allerdings kaum länger als bis Mitte Juli tagen, und so wird es vielleicht möglich sein, sogar höchstwahrscheinlich, daß sich dieses provisorische Kabinett über die Reichstagsferien bis zum September retten wird. Seine größte Aufgabe wird also die sein, den neugewählten Reichstag nach einem kurzen Intermezzo in die Ferien zu schicken.

Die Mitglieder der neuen Regierung sind bis auf Herrn Guérard vom Zentrum keine Neulinge in den Regierungsgeschäften. Der Kanzler Hermann Müller übernahm genau 8 Jahre nach dem Tode die Kanzlerschaft, an dem er den Vertrag von Versailles als Reichskanzler und Außenminister unterschrieb. Silberding gehörte im Jahre 1923 als Reichsfinanzminister dem ersten Kabinett Stresemann an, Wissell war früher einmal Reichswirtschaftsminister und hat sich durch seine lange Tätigkeit als Schlichter in Groß-Berlin auf sein jetziges Amt gut vorbereitet; Severing übernimmt jetzt sein erstes Amt in einer Reichsregierung, er hat sich früher nur an der Regierung in Preußen beteiligt, von der er 1926 als Innenminister sich trennte. Die beiden volksparteilichen Minister sind aus dem alten Kabinett übernommen. Der Demokrat Koch-Weser, der als Rechtsanwält hat das Justizministerium leiten soll, war früher einmal Reichsinnenminister, und sein Fraktionskollege Dietrich-Baden, der als Spezialist in Bauernfragen

Schwierigkeiten bei Beratung der Regierungserklärung

Berlin. Das neue Reichskabinett, das am Donnerstag abend vom Reichspräsidenten offiziell ernannt wurde, ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller am Freitag vormittag zu seiner ersten Beratung zusammengetreten. Der Reichskanzler vereidigte den neuen Reichsverkehrsminister von Guérard und den neuen Reichsernährungsminister Dietrich-Baden, die bisher in einem Reichskabinett noch nicht vertreten waren und den Eid auf die Weimarer Verfassung noch nicht geleistet hatten. Es wurde dann an Dr. Stresemann ein Begrüßungstelegramm abgefaßt, worauf das Kabinett mit der Beratung der Regierungserklärung begann.

Das Kabinett wird sich, auch wenn man die meisten Punkte vertagt, zur Frage der Amnestie, zum Bau des Panzerkreuzers, über den im Reichsrat angenommenen Gesetzentwurf für den Nationalfeiertag und über die Frage des Vertrauensvotums zu äußern haben. Bei der Amnestie wollen die Sozialdemokraten die sogenannten Fememorde ausnehmen, womit sie auf Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei und bei der Bayerischen Volkspartei stoßen. Große Schwierigkeiten entstehen auch bei der Beratung der steuerpolitischen Vorschläge. Die Frage des Baues des Panzerkreuzers soll nach Möglichkeit vertagt werden, dagegen wird wohl noch vor der Vertagung des Reichstages über den Gesetzentwurf wegen des Nationalfeiertages eine Abstimmung stattfinden müssen. Wenn das Kabinett vom Reichstag ein formelles Vertrauensvotum fordern sollte, ist die Abstimmung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zunächst von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig. Es ist durchaus damit zu rechnen, daß die beiden Fraktionen sich der Stimme enthalten, womit die Mehrheit für das Kabinett von vornherein sehr gering wäre.

Eine Erklärung des Zentrums.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums, der die Forde-

rung auf Befehl des Vizekanzlerpostens vom Reichspräsidenten abgeschlagen wurde mit dem Hinweis, der Reichspräsident müsse es ablehnen, sich in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte Vorschriften machen zu lassen, hat eine Erklärung erlassen, in der sie betont, daß der Reichspräsident über die tatsächlichen Vorgänge bei der Regierungsbildung nicht zutreffend unterrichtet worden sei. Die Zentrumsfraktion habe niemals daran gedacht, dem Reichspräsidenten Vorschriften über die Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse zu machen. Der Vizekanzlerposten sei dem Zentrum durch Müller-Franken angeboten worden, und diese Tatsache habe das Zentrum zu Verhandlungen über den Posten berechtigt. In die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Reichspräsidenten einzugreifen, habe der Fraktion völlig ferngelegen.

Der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat sich vom Reichsrat verabschiedet. Dem scheidenden Minister sprach im Namen des Reichsrats Staatssekretär Dr. Weismann den Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit aus.

Hermann Müller und die ausländische Presse.

Die Wiener Presse spricht von den Hindernissen, die das neue Kabinett überwinden müsse und hebt hervor, daß Hermann Müller und Stresemann als Persönlichkeiten Vermittler zwischen den Parteien sein könnten.

Die Pariser Zeitungen schreiben, daß einerseits die Politik von Locarno von dem neuen Kabinett weiter verfolgt werden könne, daß aber andererseits die Ernennung Hermann Müllers zum Kanzler nicht Aufrufe zum Haß und zum Revanchefeldzug, der in Locarno nicht vorgesehen worden sei, verhindere. Die Sozialdemokratie bleibe im Dienst des deutschen Imperialismus.

Die Londoner Blätter haben auch wie die meisten Pariser Zeitungen hervor, daß das wichtigste Moment die Beibehaltung des Ministers Stresemann als Außenminister sei, da die Locarnopolitik so beibehalten werde.